

DIESE GRÜNEN!



ALTERNATIVER MONTMARTRE IN WUPPERTAL

MEHR ALS ZEHNTAUSEND AUF DEM ÖLBERGFEST

Die zwei Jahre Pause nach dem letzten Ölbergfest war vielen offensichtlich zu lang. Bei wunderbarem Frühlingswetter pilgerten mehr als zehntausend BesucherInnen in die Marienstraße, um die



besondere Atmosphäre zu schnuppern. Einer der zentralen Orte war wieder einmal der Schusterplatz, der nach der Umgestaltung in 2007 jetzt noch besser Veranstaltungen verkraften kann. Neben internationalen kulinarischen Genüssen standen Events von Hausgeschichte und Gartenumgestaltung über Feuerwerk und Bobby-Car-Rennen bis zur nächtlichen Illumination im Vordergrund. Insgesamt bestätigte der Ölberg seinen Ruf als Entwicklungswerkstatt und lebendigstes Viertel Wuppertals. Die eigentlichen Attraktionen waren die vielen Sofas und Esstische auf den Straßen, die „Herzlich willkommen!“-Schilder in den Hausfluren und diese seltsame Gewissheit, mit allen hier etwas gemeinsam zu haben. Wer den Streuselkuchen-Stand der Nonnen direkt neben dem Döner-Kebab-Verkauf gesehen hat, weiß, was wir meinen. Davon können sich Düsseldorf und Köln eine Scheibe abschneiden. Wir freuen uns auf das vierte Ölbergfest im Jahr 2010!



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser, viele Themen bewegen uns zur Zeit. Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht. Wir GRÜNEN fordern, die Hartz IV-Regelsätze zu erhöhen. Aber CDU und SPD in Wuppertal können sich noch nicht einmal eine Meinung dazu bilden. Die schwarz-gelbe Landesregierung verweigert Wuppertal die dringend benötigte sechste Gesamtschule. CDU und SPD verschleiern natürliche Flächen. Obwohl Wuppertal schrumpft, soll immer mehr gebaut werden. Dabei ist Natur nicht grenzenlos verfügbar. Beim Naturschutz kommt es auf jede und jeden einzelnen von uns an – und das lohnt sich. Bäume zum Beispiel sind toll: Sie machen aus etwas, an dem wir ersticken (CO₂), etwas, ohne das wir nicht leben können: Sauerstoff. Atmen Sie doch mal wieder so richtig tief durch! Wir wünschen Ihnen einen sagenhaften Sommer! Bitte denken Sie bei Ihren Urlaubsplanungen daran, dass auch die Natur sich mal erholen muss... Viel Spaß!

Ihr Redaktionsteam

ADE ELTERNWILLE – MACHTKALKÜL STATT SACHORIENTIERUNG

LAND SAGT NEIN ZUR SECHSTEN GESAMTSCHULE

Es sollte der große schulpolitische Befreiungsschlag der großen Koalition werden: Um der übergroßen Nachfrage nach Plätzen an Gesamtschulen in Wuppertal nachzukommen, wollten CDU und SPD eine neue, sechste Gesamtschule errichten. Alleine die Tatsache, dass auch die Christdemokraten diese Forderung unterstützten, ließ aufhorchen. Schließlich ist die CDU erklärte Gegnerin eines integrierten Schulsystems. Nach Jahrzehnte währenden schulpolitischen Grabenkämpfen, die zumeist den Elternwillen außer Acht ließen, warf die Wuppertaler CDU alle ideologischen Bedenken über Bord. Wenn so viele Eltern ihre Kinder an Gesamtschulen anmelden wollten, dann sollten sie diese auch bekommen. Auch wir GRÜNEN waren begeistert, wenngleich wir die 180 Grad-Wende der CDU kaum glauben konnten. Leise Skepsis blieb. Der Stadtkämmerer sagte, man werde kein neues Schulgebäude bauen. Gleichzeitig betonte der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, es würden keine bestehendes Schulgebäude umfunktioniert. Wie also sollte das gehen? Weitere Fragen taten sich auf bei der Schulträgerschaft (privat oder öffentlich?) und beim Ganztagsbetrieb, der heute wichtiger ist denn je. War das Projekt überhaupt machbar? Zumindest barg es viele Unwägbarkeiten, viele Unsicherheiten und Schwierigkeiten. Irgendwie wirkte das Engagement der CDU halbherzig. Und letztlich entscheiden andere, höher gelagerte Instanzen (Bezirksregierung und Landesregierung) über eine neue



Schule und ihre inneren Angelegenheiten. Als dann bekannt wurde, dass die CDU-Schulministerin der Wuppertaler Gesamtschule einen Strich durch die Rechnung machen würde, war die Verwunderung nicht mehr sonderlich groß. Die Wuppertaler CDU wusste wahrscheinlich längst Bescheid. Warum tritt die Wuppertaler CDU völlig überraschend für eine sechste Gesamtschule ein, von der sie weiß, dass sie ohnehin nicht kommen wird? Es bleibt der Eindruck zurück, dass sie mit diesem Zugeständnis an die SPD im Gegenzug andere Anliegen beim Koalitionspartner durchsetzen konnte. Ein politischer Kuhhandel. Gewonnen hat die CDU mit dieser Trickserei zum Beispiel ihren Beigeordneten für den Bereich Schule, den die SPD mitgewählt hat. Geht es hier um die Sache? Nein. Es geht wieder einmal nur um Macht. Und die 500 Schülerinnen und Schüler, die jedes Jahr auf die Gesamtschule wollen und abgelehnt werden müssen, bleiben weiter draußen. Die AnhängerInnen der Gesamtschulen hoffen weiter, dass die Landesregierung ihre bornierte Meinung ändert. Ein erster Schritt wäre es, wenn das Angebot an den bestehenden Standorten erhöht würde. Zumindest an den Schulen in Langerfeld und Vohwinkel gibt es noch Erweiterungspotenziale, die es nun dringend zu nutzen gilt, um kurzfristig zu handeln. Die GRÜNEN haben das bereits im Rat gefordert – der Antrag wurde abgelehnt. Aber die Forderung ist damit noch lange nicht vom Tisch.

AUS DEM INHALT

- Seite 2
Girls & Boys Day
- Seite 3
Denkmal Kasinokreisel soll im Herbst kommen
- Seite 4
Stillstand bei Hartz IV
- Seite 4
Kommission Kultur der Erinnerung
- Seite 5
Artenschutzkonferenz in Bonn

VORGESTELLT: PETRA LÜCKERATH UND WILFRIED FRANZ GOEKE-HARTBRICH

■ GRÜNE BEZIRKSVERTRETERIN UND GRÜNER BEZIRKSVERTRETER IN ELBERFELD-WEST

Das Brillen Viertel ist schon etwas Besonderes. Und damit meinen wir nicht die Villen. Im Bezirk Brill und Arrenberg tummeln sich auffallend viele Menschen, die sich über ökologisches Wirtschaften, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit ihre Gedanken machen.

Jedenfalls haben dort 21,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der letzten Kommunalwahl ihre Stimme den GRÜNEN gegeben. Deshalb sind die Grünen in der Bezirksvertretung Elberfeld-West die drittstärkste Kraft. Und das, müssen Petra Lückcrath und Wilfried Franz Goeke-Hartbich zugeben, fühlt sich nicht schlecht an. Die beiden sitzen seit 1994 für die GRÜNEN in der Bezirksvertretung und spüren, dass ihre Stimmen Gewicht haben.

Die beiden wohnen auch jeweils seit 20 Jahren im Bezirk und wollen einfach nicht da weg. Das kann man schon verstehen, nicht wenige sagen, diese Gegend erinnere sie an den Prenzlauer Berg in Berlin – das ist übrigens die Region mit dem allermeisten Nachwuchs in Deutschland, nirgends sieht man so viele Kinder wie dort. Auch Petra Lückcrath und ihr Kollege in der Bezirksvertretung haben Kinder: jeweils zwei Söhne. Beste Voraussetzung für Politik, sagen

die beiden, sei es, wenn sie mit der tatsächlichen Lebenswirklichkeit verankert sei. Und da ist das Leben mit Kindern schon hilfreich. Goeke-Hartbich und Lückcrath sind mit vielen Bereichen der Arbeit in der Bezirksvertretung durch persönliche Erfahrungen vertraut. Sie wissen, wovon sie reden, sie wissen, wie es andere Menschen betrifft, sie wissen, was diese oder jene Entscheidung für den Alltag der Menschen ganz konkret bedeutet. Diese Form der Politik, die sich mit den Lebensbedingungen im nächsten Umfeld beschäftigt, genau die ist es, die für die beiden GRÜNEN den ganz besonderen Reiz ausmacht. Wenn mit der finanziellen Unterstützung der Bezirksvertretung in bestimmten Einrichtungen wichtige Projekte möglich werden oder dringend notwendiges Material angeschafft werden kann, macht den beiden ElberfelderInnen die Kommunalpolitik am meisten Spaß. Was eine Stadt lebenswert macht, sind oft die kleinen Dinge – genau die, die die Bezirksvertretung gestalten kann. Vielleicht ist das der Grund, warum sich Petra Lückcrath und „Willi“ Goeke-Hartbich dort so wohl fühlen, warum sie das Gefühl haben, an der richtigen Stelle zu sein. Natürlich, meinen sie, gibt es auch viele Dinge von übergeordneter Bedeutung, für die dann der Stadtrat zuständig ist. Aber



die Stadtteilparlamente sind eben am nächsten am Geschehen. Von Spielplätzen über Schulhöfe und Schulwege, Verkehrsregelungen in Wohngebieten, Sportvereine, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchen und Kultureinrichtungen bis zu Denkmälern ist alles auf der Tagesordnung. Alles, was einem so jeden Tag begegnet. Klar ist den beiden aber auch: Es geht

nicht um sie. Damit sie GRÜNE Politik in ihrem Stadtteil umsetzen können, brauchen sie weiter die Unterstützung der Menschen, die im Bezirk leben. Deshalb ist ihnen wichtig zu erfahren, was ihre (im weitesten Sinne) Nachbarn bewegt, was sie stört oder auch welche Ideen und Wünsche sie haben. Wer Interesse hat mitzuwirken, ist jederzeit herzlich willkommen!

Ansprechbar sind die beiden sowieso immer. Das erste Treffen zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2009 findet am Dienstag, dem 9. September um 20:00 Uhr im Ottenbrucher Bahnhof statt – ein Ort, an dem Menschen, die Wuppertal lieben, schnell mal ins Schwärmen geraten. Wie zum Beispiel Petra Lückcrath und Willi Goeke-Hartbich.

SIEBTER GIRLS'DAY, ERSTER BOYS'DAY IN WUPPERTAL

■ FÜR DIE TECHNIK-CHEFINNEN UND STARFRISEURE VON MORGEN

Der bundesweite Girls'Day ist jedes Jahr der größte Berufsorientierungstag für Mädchen. Wuppertal war dieses Jahr zum siebten Mal in Folge dabei: am 24. April.

Der Tag war ein voller Erfolg. Knapp 500 Mädchen zog es zum Wuppertaler Girls'Day – noch einmal 10 Prozent mehr als beim letzten Mal. Das freut uns, denn es zeigt: Immer mehr Mädchen informieren sich über Berufe, die ganz und gar nicht zu den klassischen Frauenjobs gehören.

Auch auf der anderen Seite war das Engagement so groß wie nie: 46 Wuppertaler Firmen (ein Drittel mehr als letztes Jahr), 39 Schulen, die Bergische Universität, die Stadtverwaltung und viele andere mehr öffneten ihre Türen, damit die Mädchen sich konkret vor Ort ein Bild von der Tätigkeit von IngenieurInnen, MathematikerInnen, NaturwissenschaftlerInnen oder TechnikerInnen machen konnten. Im nächsten Jahr werden die handwerklichen Berufe ein noch stärkeres Gewicht bekommen.

Ob wir in den heutigen, emanzipierten Zeiten den Girls'Day überhaupt noch brauchen? Und ob! Junge Frauen in Deutschland haben zwar heute im Durchschnitt eine bessere Schulbildung als junge Männer, aber nach wie vor entscheiden sie sich überproportional häufig für typisch weibliche Ausbildungsberufe oder Studienfächer. Es sind immer wieder dieselben zehn Ausbildungsberufe, für die sich mehr als die Hälfte der Mädchen entscheiden. Damit schöpfen sie weder ihre Berufsmöglichkeiten noch ihre Potenziale aus. Gleichzeitig fehlt den Betrieben der qualifizierte Nachwuchs. Die typischen Frauenberufe bedeuten immer noch schlechtere Entlohnung und geringere Aufstiegschancen.



Girls'Day Fotos: Antje Zeis-Loi, Medienzentrum

Bei 22 Prozent liegt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland – damit belegen wir einen traurigen europäischen Spitzenplatz. Karriere zu machen ist für Frauen erheblich schwieriger als für Männer. Verschwindend gering ist der Frauenanteil in den Führungsetagen – schlimmer noch: er sinkt sogar. Nach einer aktuellen Studie betrug der Anteil der Spitzenmanagerinnen in größeren Unternehmen Anfang 2008 nur noch 5,6 Prozent, Anfang 2007 waren es noch 7,5 Prozent. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung in den Unternehmen. Vom Erfolg des Girls'Day profitieren erstmals in diesem Jahr auch die Jungen, denn auch sie nutzen nicht

das ganze Spektrum der Berufe oder die Möglichkeiten, sich soziale Kompetenzen anzueignen, obwohl diese auch im Berufsleben immer wichtiger werden. In den letzten Jahren wurde wiederholt gefordert, dass es auch für Jungen entsprechende Angebote geben sollte. Auch wir meinen: Die Zeit ist reif. Im Rahmen des Projekts „Neue Wege für Jungs“ konnten sie parallel zum Girls'Day in Berufe hineinschnuppern, in denen man Männer nur selten findet – Männer zum Beispiel als Erzieher oder Altenpfleger, als Friseur, Köche oder im Service, als Maskenbildner oder Schneider. 47 Jungen hatten den Mut zu neuen Wegen. 32 Firmen, Behörden und Institutionen und

sieben Schulen haben mitgemacht. Die Resonanz auf diesen Pilotversuch war durchgängig positiv. Wir können fest davon ausgehen, dass es auch im nächsten Jahr einen Boys'Day geben wird. Wir danken herzlich den InitiatorInnen des Wuppertaler Girls'Day und Boys'Day. Sie haben mit ihrem Engagement den Tag zu einem vollen Erfolg gemacht. Und an die Mädchen und Jungs: Respekt! Neugier macht schlau!

Weitere Infos gibt es bei der städtischen Gleichstellungsstelle für Frau und Mann, Martina Völker, Tel.: (0202) 563-2600, email: martina.voelker@stadt.wuppertal.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 **Fax:** 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Wilfried Franz Goeke-Hartbich,
Petra Lückcrath, Klaus Lüdemann,
Gabriele Mahnert, Marc Schulz

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Auflage: 23.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftshaus, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!



AUS DER BEZIRKSVERTRETUNG ELBERFELD-WEST

Der Bezirk Elberfeld-West umfasst neben den beiden Villenviertel am Zoo und am Brill auch urbane Wohn- und Gewerbeviertel wie Arrenberg, Nützenberg und Sonnborn. Was wollen nun die GRÜNEN? Wir stehen für eine sanfte Stadtentwicklung mit dem Menschen und der Natur im Zentrum, für ein Zusammenspiel von Umweltschutz und Wirtschaft für eine soziale Stadt, die allen Menschen die Existenz sichert und Minderheiten nicht ausgrenzt und in der alle Nationalitäten tolerant zusammen leben. Das sind die Herausforderungen unserer Zeit, und sie braucht engagierte Politik. Zum Beispiel in der Bezirksvertretung. Unsere Aufgabe ist es, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und emsig daran zu arbeiten. Wer hat sich nicht schon im Briller Viertel inmitten Jugendstilvillen über Beton-Bausünden geärgert? Kurzzeit wird dort munter gebaut, denkmalgerecht muss man dabei nicht handeln. Wir fordern seit vielen Jahren eine Denkmalbereichsatzung für das Briller Viertel, so wie sie im Zooviertel nun endlich besteht. Weil die Baumschutzsatzung gegen die

Stimmen der GRÜNEN im Rat abgeschafft wurde, müssen zusätzlich auch noch viele alte Bäume dran glauben. Zu unseren Erfolgen in der Bezirksvertretung gehört die ausgebaute Sambatrasse, die sich großer Beliebtheit erfreut. Auch die Erweiterung des Zoos und die attraktive Umgestaltung des Nützenbergparks waren den GRÜNEN besonders wichtig. Sorgen bereitet uns der Arrenberg. Aber wir sagen der Armut den Kampf an! In den letzten Jahren hat sich dort schon einiges bewegt. Wir haben den zunächst politisch umstrittenen Jugendtreff Arrenberg von Anfang an unterstützt. Heute ist er eine wichtige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und bringt sich aktiv in den Arbeitskreis Arrenberg ein. Wir engagieren uns dort seit 14 Jahren und unterstützen die Vernetzung der Einrichtungen, Initiativen und Gruppen. Zudem wurden am Arrenberg sinnvolle und wichtige Bauprojekte abgeschlossen: eine Seniorenwohnanlage mit Wohngruppen für Demenzerkrankte, die Erweiterung des Einzelhandelsangebots an der Steinbecker Meile, angefangen wurde auf

dem Frowein- und dem Elba-Gelände. Trotz dieser Fortschritte fehlen seitens der Verwaltung noch immer abgestimmte Konzepte für Einzelhandel und Stadtentwicklung. Die Verkehrskonzepte sind unzureichend, besonders für die Tannenbergsstraße. Von den vielen guten Ansätzen der „Arrenbergschen Höfe“ ist leider nicht viel übrig geblieben. Das Herzstück, die Markthalle, musste schließen und somit auch der gut besuchte und preiswerte Mittagstisch, den die Firma proviel dort angeboten hatte. Wichtig für die Eltern und Kinder im Stadtteil ist die Entwicklung hin zu Grundschulen mit Ganztagsbetreuung. Die städtische Gemeinschaftsgrundschule Nützenberger Straße ist beispielhaft in Wuppertal, die Grundschule Sillerstrasse hat nach vorheriger Ablehnung nun doch die Genehmigung für den Ganztagsbetrieb bekommen. Gemeinsam mit den städtischen und privaten Tagesstätten verfügt der Bezirk Elberfeld-West über ein gut ausgebautes Betreuungssystem für Kinder.

DER KASINOKREISEL WIRD SCHÖN



Wir GRÜNEN setzen uns schon länger für eine Verschönerung der schwarzen Asphaltwüste am Kasinokreisel ein. Vor einem dreiviertel Jahr kam überraschend das Geschenk der Sparda-Bank: Sie wird Wuppertal ein Kunstwerk spenden. Der Belgier Guillaume Bijl, Professor an der Kunstakademie Münster, hat mit der Skulptur „Ein neuer erfolgreicher Tag“ insbesondere den Bankern rund um den Kreisel ein Denkmal gesetzt. Im Herbst 2008 soll die

Skulptur in dem vorhandenen Rosenbeet auf einem Sockel am Kasinokreisel installiert werden. Ein Foto gibt es schon jetzt zu sehen unter www.wuppertal.de/rathaus_behoerden_presse/kunst_casino.cfm

Ich bin verliebt in meine Stadt
Um der Neugestaltung der Kasinokreuzung, die auch zu einem Zentrum soniger Café-Plätze geworden ist, das Sahnehäubchen aufzusetzen, setzen

wir uns für einen Vorschlag des Elberfelder Künstlers Heinz Velten ein. Er könnte den Satz von Else Lasker-Schüler auf den schwarzen Asphalt malen:

„Ich bin verliebt in meine Stadt und bin stolz auf seine Schwebebahn, ein Eisengewinde, ein stählerner Drachen, wendet und legt er sich mit vielen Bahnhofsköpfen und sprühenden Augen über den schwarz gefärbten Fluss.“

ZEIT FÜR NEUE KONZEPTE!

■ **SUPERMARKT-LÜCKE ZWISCHEN KASINOKREISEL UND ROBERT-DAUM-PLATZ**
Einkaufen, Ausgehen, Anschauen, Essen – in der Friedrich-Ebert-Straße war alles möglich.

Ohne den Kaufpark-Supermarkt fehlt jetzt was. Wo gehen nun die Menschen im Viertel, viele ohne Auto, mal eben einkaufen? Der Aldi-Markt ist kein echter Ausweg, denn er bietet nicht das ganze Sortiment. Und jetzt schließt auch noch der Bio-Laden Lebensbaum in der Sophienstraße. Menschen mit Auto weichen zur Steinbecker Meile aus. Aber per pedes? Die Tannenbergsstraße ist nicht gerade fußgängerfreundlich. Überall sind die kleinen

Stadtteil-Supermärkte verschwunden. Vor 20 Jahren gab es noch an vielen Ecken einen Edeka, meist auf weniger als 200 Quadratmetern. Heute muss ein Supermarkt schon 800 Quadratmeter und 80 Parkplätze haben, damit er sich betriebswirtschaftlich halten kann. Bisher konnten die Menschen in vielen Stadtteilen wenigstens zu einem Discounter gehen, aber auch Aldi, Lidl, Plus & Co. bauen inzwischen autogerecht an Ausfallstrassen oder am Stadtrand. Die Menschen zwischen Ölberg und Bundesallee, zwischen City und Robert-Daum-Platz wollen einen Lebensmittelmarkt in der Nähe. Wenn diese Mär-

kte sich nicht mehr rechnen, müssen neue Modelle her. In München am Hasenberg! etwa wurden mehrere Ladenzentren mit kommunaler Unterstützung und Beschäftigungsinitiativen umgebaut und aufgewertet. Das geht auch hier, etwa bei den Tribünen im Stadion. Sie werden im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen neu errichtet. Warum sollte man dieses Modell nicht auch für Ladenzentren zur Nahversorgung im Stadtteil nutzen? Kommunales Engagement + Chancen auf Arbeitsplätze = neue Einkaufsmöglichkeiten um die Ecke. Dafür werden wir uns dafür stark machen.

AMPEL BLANKSTRASSE...

.... wird fußgängerfreundlich

Seit Jahren war sie ein Ärgernis: Die Fußgängerampel vom reformierten Gemeindestift zum Kaufpark an der Blankstraße. Die kurze Grünphase irritierte nicht nur alte und behinderte Menschen. Vor Jahren hatte sich schon der Bezirksjugendrat für eine Änderung eingesetzt. Den Durchbruch schaffte jetzt Hans-Joachim Schwunk, der Leiter des reformierten Gemeinstitfs. In der Jahreshauptversammlung des Bürgervereins der Elberfelder Südstadt sprach er das Thema an.

Das führte zu einem Ortstermin der Bezirksvertretung Elberfeld. Ergebnis: Die Änderung ist ein Klacks. Die Grünphase für FußgängerInnen wird künftig per Ampelsteuerung auf 30 Sekunden verdoppelt. Wir bedanken uns bei Hans-Joachim Schwunk für seine Initiative. Sein Beispiel zeigt, wie Anliegen seitens der Menschen in Wuppertal frischen Wind in die Bezirksvertretungen bringen können, und wir bemühen uns, ihnen schnell und unbürokratisch nachzugehen. Wir würden uns über mehr „Schwunk“ für Elberfeld freuen, z.B. am Robert-Daum-Platz...



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

UMWELTZONE STATT ABGASHÖLLE

Köln macht's vor – Wuppertal kommt nicht hinterher

Wer mal durch die Friedrich-Engels-Alle, den Steinweg, die Gathe oder die Briller Straße spaziert ist, weiß es längst: Die Luft an den großen Straßen im Tal ist viel zu schlecht, man atmet quasi nur Abgase ein, die auch noch gesundheitsschädlich sind. Seit drei Jahren steht offiziell fest, dass Wuppertal einen Luftreinhalteplan aufstellen muss. Zu hoch sind die Schadstoffbelastungen innerhalb des Stadtgebietes. Doch die von der Europäischen Union geforderte Verbesserung der Luftqualität lässt in Wuppertal auf sich warten. Ursprünglich sollte bereits im Herbst 2007 ein Luftreinhalteplan beschossen werden. Die AnwohnerInnen der Straßenschluchten in Elberfeld und Barmen, wie Gathe, Briller Straße oder Steinweg hätten eigentlich schon atmen können. Nicht nur für sie schien sich eine bessere Wohnqualität und ein gesünderes Leben anzukündigen. Aber zu früh gefreut – vorerst ist keine Besserung in Sicht. Oberbürgermeister Peter Jung persönlich verhindert die Einführung des Luftreinhalteplans. Er stoppte das Verfahren, weil die Zuständigen im Ruhrgebiet sich gerade über ihre Zuständigkeit für eine Umweltzone Ruhr stritten und sie dadurch zum Scheitern brachten. Anstatt als leuchtendes Beispiel engagiert voranzugehen, torpediert der Wuppertaler Oberbürgermeister

die notwendigen Luftreinhaltemaßnahmen. Das ist nicht nur unverständlich, sondern auch verantwortungslos gegenüber den Menschen, die Tag für Tag die Abgase einatmen müssen. Der Entwurf des Luftreinhalteplans umfasst neben der Einführung von Umweltzonen noch 49 andere Maßnahmen für bessere Luft im Tal. Den gesamten Plan hat Jung nun aber kassiert und entzieht ihn seither den politischen Beratungen. Dabei hat die Stadt Köln es vorge-macht: Anfang des Jahres wurde die Kölner Innenstadt zur Umweltzone, in die nur noch solche Fahrzeuge fahren dürfen, die wenig Schadstoffe ausstoßen und eine entsprechender Plakette haben. Die KölnerInnen gehen offen-siv mit ihrer großräumigen Umwelt-zone um und machen so Werbung für ihre umweltfreundliche Stadtpolitik. Die GRÜNE Fraktion wehrt sich gegen die rigorose Haltung von Oberbürgermeister Peter Jung und forderte in einem Antrag, die Beratungen des Luftreinhalteplanes unverzüglich fortzusetzen und die Maßnahmen einschließlich der geplanten Umweltzonen zügig umzusetzen. Doch sogar die Mitglieder des Umweltausschusses hielten an der peinlichen Verzögerungstaktik fest und stimmten mehrheitlich gegen die Umsetzung der Luftreinhaltemaßnahmen und gegen die Einführung der Umweltzone zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Ein Trauerspiel für die Gesundheit der Menschen in Wuppertal.

ANZEIGE

Schienenbus zur
Kemna 2008 - Zetrale Abschlussveranstaltung
75 Jahre KZ Kemna / 25 Jahre Mahnmal Kemna

21. Juni 2008
14.30 bis 16.00 Uhr
Bahnhof Oberbarmen - Wuppertal

Eine Aktion des Vereins:

Bergische Bahnen /
Förderverein Wupperschiene e.V.
www.bbfw.de

finanzielle Unterstützung von:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal
fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL



WUPPERTALER ERINNERUNGSKULTUR

■ SENSIBLER UMGANG MIT GESCHICHTE

Die Kommission
Wuppertal diskutiert darüber, ob der Wuppertaler Kulturpreis nach Eduard von der Heydt benannt sein darf. Im Rathaus gibt es außerdem unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die zentralen Veranstaltungen anlässlich des Volkstrauertages aussehen sollen. Eine Kommission zur Kultur des Erinnerns wurde eingerichtet.

Aufgabe der Kommission war es, eine grundsätzliche Diskussion über den Umgang mit Geschichte und einer Kultur der Erinnerung in unserer Stadt zu führen. Sie sollte die bisherigen Aktivitäten und Beiträge für eine Kultur des Erinnerns bewerten und weiterentwickeln und Empfehlungen aussprechen, nach denen der Stadtrat künftig über die Namensgebung von Straßen und Plätzen oder Kunst im öffentlichen Raum mit historischem Bezug entscheiden soll.

Hier die Ergebnisse:

Gestaltung der Gedenktage

Die beiden von der Stadt mit arrangierten zentralen Gedenkveranstaltungen etwa zum Volkstrauertag auf den Ehrenfriedhöfen von Barmen und Elberfeld sollen in ihrem bisherigen Charakter behutsam weiterentwickelt werden. So soll nicht mehr nur der toten deutschen Soldaten aus den beiden Weltkriegen gedacht werden, sondern auch – etwa durch Beteiligung von Jugendlichen – an den Ort der Veranstaltung erinnert werden oder an die Toten aus den verschiedenen Kriegen und Nationen. Der GRÜNE Bürgermeister Lorenz Bahr hatte dies im letzten Jahr bereits gegen erbitterten Widerstand aus der Bezirksvertretung Barmen umgesetzt. Ziel ist es, der historischen Gesamtsituation und den beteiligten Menschen gerecht zu werden. Die Kommission begrüßt, in

den Veranstaltungen die Erinnerung an einzelne Menschen im jeweiligen historischen Kontext in den Vordergrund zu stellen.

Namen von Straßen und Plätzen

Neubenennungen von Straßen und Plätzen erfolgen grundsätzlich nach Menschen, die sich in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, auf sozialem oder sonstigem Gebiet Verdienste erworben haben. Wenn es sich um politische Persönlichkeiten handelt, ist ihre demokratische Gesinnung dafür Voraussetzung. Neubenennungen dürfen durchaus einen gewissen Stolz auf Wuppertal und die Stadtgeschichte ausdrücken und Identität stiften, indem z.B. auf besondere Gebäude oder Anlässe hingewiesen wird. Straßen oder Plätze werden nach gründlicher Aufarbeitung und Diskussion dann umbenannt, wenn der bisherige Namenspatron an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt war oder durch eine antisemitische, rassistische oder andere militant-totalitäre Haltung zu Volksverhetzung oder Gewaltbereitschaft beigetragen hat. So empfiehlt die Kommission etwa der Bezirksvertretung Vohwinkel dringend, die Lettow-Vorbeck-Straße neben anderen Straßen im Generalsviertel umzubenennen.

Kulturpreis der Stadt Wuppertal

Die Kommission schlägt dem Rat der Stadt Wuppertal vor, den bisherigen „Eduard von der Heydt-Kulturpreis der Stadt Wuppertal“ umzubenennen. Künftig soll er nach der ganzen Familie benannt werden und „Von der Heydt-Kulturpreis der Stadt Wuppertal“ (kurz: „Von der Heydt-Preis“) heißen. Diesen Preis soll die Stadt nach Vorstellung der Kommission umgehend ausschreiben und noch in diesem Jahr verleihen. Mit dieser Empfehlung

wird der zwiespältige und belastete Namenspatron ‘Eduard von der Heydt’ nicht etwa negiert. Vielmehr setzt sich die Stadt selbstbewusst, aber auch kritisch mit ihrer Vergangenheit auseinander. In den fünfziger Jahren hatten die damals Verantwortlichen gute Gründe, den „Eduard von der Heydt-Preis“ ins Leben zu rufen. Heute betrachten wir die Person auch dank umfassender Untersuchungen aus größerer historischer Distanz. Die Verdienste der gesamten Familie, insbesondere August von der Heydts als Mäzen und Sammler, sollen mit dieser Namensänderung in den Blick genommen und gewürdigt werden, ohne dabei die Person Eduard von der Heydts aus den Augen zu verlieren.

Generell

Über die Auseinandersetzung mit Gedenktagen oder Straßennebenennungen hinaus schlägt die Kommission eine Initiative vor: Bürgerinnen und Bürger sollen Anregungen geben, auf welche lokalgeschichtlich bedeutsamen Orte in geeigneter Weise – beispielsweise durch „Denk-mal-Tafeln“ – hingewiesen werden soll. Das können die Gräber der ZwangsarbeiterInnen am Norrenberg oder der Ehrenfriedhof in den Barmer Anlagen sein. Es könnte aber genauso ein Wohnhaus sein, in dem jemand versteckt wurde, oder der mittlerweile aus dem öffentlichen Stadtbild verschwundene Konzertsaal. Gut ist, auf historisch bedeutsame Orte aktiv hinzuweisen und dadurch eine kontinuierliche Auseinandersetzung zu fördern. Sie könnte sich so zu einem wichtigen Bestandteil der Erinnerungskultur in unserer Stadt entwickeln. Die GRÜNE Fraktion begrüßt die aktive Auseinandersetzung des Rates mit der Geschichte unserer Stadt. Den Empfehlungen der Kommission haben wir zugestimmt.

STILLSTAND BEI HARTZ IV UND EIN GUINNESS-REKORD?

REKORDVERDÄCHTIGE DAUERBERATUNG

Die Hartz IV-Regelsätze sind zu niedrig. Sie gehören dringend auf den Prüfstand. Die GRÜNEN unterstützen deshalb einen bundesweiten Appell zur Erhöhung der Hartz IV – Regelsätze und haben einen entsprechenden Antrag bereits im August 2007 in die Wuppertaler Gremien eingebracht.

Doch bislang ist nichts passiert. CDU und SPD haben sich noch immer keine Meinung dazu gebildet. Offensichtlich streben sie einen Eintrag über die längste Dauerberatung im Guinness-Buch der Rekorde an. Doch die Zeit drängt. Anders als die Beigeordneten von CDU und SPD müssen die betroffenen Menschen Tag für Tag jeden Cent umdrehen und kommen trotzdem nicht aus. Die Gelassenheit, die die beiden großen Wuppertaler Regierungsfractionen an den Tag legen, finden wir grotesk. Der im Mai vorgestellte Armutsbericht für Deutschland belegt: Ein Viertel der Deutschen ist arm oder kann nur mit staatlicher Hilfe davor bewahrt werden. Diese Zahl ist alarmierend, die Politik muss gegensteuern. Die GRÜNE Initiative ist damit aktueller und dring-

licher denn je. Als die Regelsätze 2005 festgelegt wurden, errechnete man sie auf Grundlage des Mindest-Bedarfs eines Singles. Kinderspezifische Ausgaben wie Schulbedarf und Schulmittagesen wurden und werden nach wie vor nicht berücksichtigt, ebenso wenig die jährlichen Preissteigerungsraten, obwohl seit dem Jahr 2000 die Verbraucherpreise laut Statistischem Bundesamt allein für Strom und Gas um rund 50 Prozent gestiegen sind. Die Sozialpolitiker der Wuppertaler CDU und SPD betreiben bei dem Thema lediglich Symbolpolitik. Sie erfinden immer neue nebulöse Ausreden, um dem GRÜNEN Appell nicht zustimmen zu müssen. Mittlerweile hat sogar die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalens einen Antrag zur Überprüfung der Hartz IV-Sätze in den Bundesrat eingebracht, der die Zustimmung aller 15 Bundesländer fand. Nur die Wuppertaler Koalitionspolitiker von CDU und SPD können sich nicht durchringen. Vielleicht täte ein wenig Nachhilfe aus Düsseldorf und Berlin gut... Fortsetzung folgt.

MAHNMAL DER GEKNECHTETEN SCHÜLERIN



Foto: privat

Die CDU-FDP-Landesregierung NRW hat die NRW-Schulen in Versuchslabore verwandelt. Völlig hektisch wurde das Turbo-Abitur (acht statt neun Jahre Gymnasium) eingeführt. Nun platzen die Stundenpläne und machen Kinder krank. Die GRÜNEN in Wuppertal fordern, den Turbo-Murks zu stoppen und ein

schülergerechtes Modell für das achtjährige Gymnasium sorgfältig zu erarbeiten. Nach den Osterferien haben die GRÜNEN das Mahnmal der geknechteten Schülerin vor dem Landtag enthüllt. Seitdem besuchte das Mädchen aus Pappmaché seine gestressten MitschülerInnen in verschiedenen NRW-Städten.

INTERNATIONALE ARTENSCHUTZKONFERENZ IN BONN

■ ERHALTEN, WAS UNS ERHÄLT - AUCH IN WUPPERTAL!

Borneo, Indonesien oder Brasilien sind weit weg. Was hat eine internationale UN-Konferenz mit Wuppertal zu tun? In Bonn ging es um die Zerstörung der Regenwälder, um bedrohte Orang Utans, um die Überfischung der Weltmeere. Bilder von kahlgeschlagenen Urwäldern, traurige Augen verwahrter Affenbabies. Verschuldete Bauern in Indien, die der Gentechnik nicht mehr standhalten konnten. Die Naturschutzkonferenz in Bonn ging mit großen Worten, Versprechungen, aber auch Enttäuschungen zu Ende. Ist das Artensterben noch zu stoppen? Auch hier ist Gentechnik der Albtraum für Öko-Bauern. Auch bei uns in Deutschland sind Arten vom Aussterben bedroht. Auch in Wuppertal stehen Pflanzen und Tiere auf der Roten Liste. Wie steht es denn mit dem Artenschutz in Wuppertal? Im Ausschuss für Umwelt am 27. Mai legte die Umweltverwaltung eine Drucksache vor, die auch die Kommunalpolitik in die Verantwortung nimmt und ein Handlungskonzept zum Artenschutz vorschlägt. Vogelarten wie der Hausperling, die Feldlerche oder der Kiebitz sind bei uns in ihrem Bestand bedroht, ebenso wie die Wald- und Zauneidechse, die Geburtshelferkröte oder Schmetterlinge wie das Kleine Wiesenvögelchen oder der Schachbrettfalter. Noch nie gehört? Kein Wunder, es gibt sie ja auch kaum noch. Und die Liste könnte man noch weiter führen. Schon Albert Einstein wusste: Erst stirbt die Biene, dann stirbt der Mensch. Dass man Lebewesen nicht isoliert betrachten kann, sondern dass alle Teil einer Nahrungskette sind, ist eine wesentliche Erkenntnis. Naturschutz ist deshalb kein Kinkerlitzchen, sondern elementar für uns selbst. Wer den Naturschutz ernst nimmt, behindert nicht andere, vermeintlich wichtigere Projekte, sondern sichert sie quasi auf Dauer. Ein Beispiel aus Wuppertal: Beim Schutz der Fledermäuse im Tunnel Schee auf der Nordbahntrasse sind wir nicht gegen die Trasse per se. Es geht uns um den langfristigen Schutz der Menschen. Nur im Einklang mit der Natur und unter Berücksichtigung der Naturschutzgesetze lässt sich die Nordbahntrasse in einen Rad- und Wanderweg umwandeln. Analog zu den Erkenntnissen über den Klimawandel liegen auch die Fakten zur Artenvielfalt

auf dem Tisch. Die Menschen können ihr Überleben nur sichern, wenn sie Naturschutz ernst nehmen. Doch dieser Erkenntnis steht in Wuppertal der ewige Scheuklappen-Pragmatismus entgegen. Die Uhren gehen bei aktuellen Projekten um Jahrzehnte nach. Nicht nur Oberbürgermeister Jung behauptet stur, dass sich die Belange des Umweltschutzes dem Menschen unterzuordnen hätten. Beispiel Scharpenacken: Wie wollen die Landesregierung der Oberbürgermeister und die Fraktionen von SPD und CDU es rechtfertigen, dass für ein Gefängnis eine riesige, naturbelassene Fläche im Landschaftsschutzgebiet zerstört wird? Der Ausschuss für Bauplanung hat am 03. Juni mehrheitlich das Bauvorhaben des Landes gegen die Stimmen der GRÜNEN abgenickt. Seitenweise Umweltberichte wurden im Vorfeld erstellt, die eine ganz klare Botschaft hatten: hier nicht bauen! Das Bauvorhaben bedeutet einen großen Verlust an Natur und Landschaft. Aber der Rat setzt sich darüber hinweg, denn es ist ein kurzfristig finanzieller Gewinn. Darüber hinaus wird die Stadt nicht müde, weitere Wohnbauflächen in den Außenbezirken freizugeben. Aus einem Bericht der Verwaltung für den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing geht hervor, dass weiterhin geplant ist, Wohnhäuser an der Jägerhofstraße, an der Heidter Straße, an der Luhnsfelder Höhe und auf weiteren Außenflächen zu bauen. Kurzsichtiger kann man kaum handeln. Denn der demografische Wandel, hohe Energie- und Erschließungskosten, der Trend zum Wohnen in der Stadt – all dies fordert neue Wohnkonzepte gerade für die Innenstädte. Trauriges Fazit: Obwohl Natur nicht grenzenlos verfügbar ist, wird immer mehr natürliche Fläche versiegelt, verbraucht und zubetoniert. Zugleich werden die landwirtschaftlichen Flächen immer weiter verkleinert. CDU und SPD handeln wider jede Vernunft. Selbst der CDU-Landesumweltminister Uhlenberg ist mit seinem NRW-Programm „Allianz für die Fläche“ deutlich weiter. Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für ein friedliches Nebeneinander von Mensch und Umwelt und für ein lebenswertes Wuppertal einsetzen.



Sylvia Löhrmann, Vorsitzende der GRÜNEN Landtagsfraktion (3 v.r.), Wuppertaler GRÜNE und andere UmweltschützerInnen auf Scharpenacken, Foto: privat

Thema der UN-Artenschutzkonferenz in Bonn 2008:
Biologische Vielfalt erhalten!



Wir fordern:

- Erhalt der Lebensräume geschützter Tiere und Pflanzen.
- Erhalt der Erholungslandschaft.
- Keine Bebauung im Landschaftsschutzgebiet Scharpenacken.
- Brachflächen statt Freiflächen nutzen.

Protestieren Sie gegen die Zerstörung von Natur und Landschaft! Schreiben Sie an den Oberbürgermeister Peter Jung, Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal.
oberbürgermeister@stadt.wuppertal.de

Und die Realität in Wuppertal:

Dieses Biotop im Landschaftsschutzgebiet Scharpenacken mit vielen geschützten Tier- und Pflanzenarten soll 2009 zerstört werden. Land und Stadt wollen genau hier ein Jugendgefängnis bauen.



Rathaus Barmen
42269 Wuppertal
Tel. 02 02 563 62 04
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MEIN FREUND, DER BAUM, IST TOT

■ ...NACH ABSCHAFFUNG DER BAUMSCHUTZSATZUNG DURCH CDU, SPD UND FDP



Foto: Jürgen Koch

Hier ein Beispiel aus Wichlinghausen, Ecke Eylauerstraße/Stollenstraße, neben dem Pflegeheim. Die wunderschöne Rotbuche hat viele Jahrzehnte lang Schatten gespendet und Sauerstoff produziert. Im April kam die Kettensäge. Einen Ersatz für die Buche gibt es nicht. Der beste Beweis, dass eine Baumschutzsatzung notwendiger denn je gewesen wäre. Von wegen Umweltschutz in Wuppertal!

grün®
Keiner wie wir.



Foto: Jürgen Koch

RATSCHRONIK 05.05.2008

Schweigeminute für
die getötete Talea

Die Ratssitzung begann mit einer Schweigeminute. Die kleine Talea wurde am 18. März in ihrer Pflegefamilie getötet. Alle Anwesenden im Ratssaal erhoben sich vor Beginn der Sitzung für eine Schweigeminute, um ihrer Betroffenheit Ausdruck zu verleihen.

Geplante Hühnerfarm
umweltverträglich?

Nahe der Grenze zu Velbert-Neviges soll am Fettenberger Weg eine Hühnerfarm für 24.000 Biohennen im Landschaftsschutzgebiet gebaut werden. Die GRÜNE Ratsfraktion hatte einige kritische Nachfragen zur Genehmigung und zu den anderen Hühnerställen in der Region gestellt. Haben die Tiere genügend Auslaufmöglichkeiten? Wie ist die Verkehrsbelastung? Die Verwaltung kündigte eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit öffentlicher Beteiligung an.

Was wird aus den Exponaten
des Fuhlrott-Museums?

Ende März musste das Fuhlrott-Museum geschlossen werden. Was geschieht nun mit den Ausstellungsstücken? hat die GRÜNE Fraktion den Rat gefragt. Ergebnis: Einige Eigentümer haben ihre Dauerleihgaben bereits zurück erhalten, Teile der Sammlung sollen verliehen, der Rest unter fachkundiger Aufsicht gelagert werden.

In der Nachbarstadt in den
Kindergarten – wer zahlt?

Über 30 Wuppertaler Kinder besuchen einen Kindergarten in Düsseldorf. Deshalb hat die Stadt Wülfrath sich an die Stadt Wuppertal gewandt mit der Bitte, die Betreuungskosten für diese Kinder zu übernehmen. Aber Wuppertal weigert sich und die Eltern sind verunsichert. Klar ist: Hier muss schnell etwas geschehen. Die GRÜNEN verlangen deshalb von der Verwaltung zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Bericht inklusive Lösungsvorschläge zur aktuellen Situation. Der Regierungspräsident hat die Weigerung Wuppertals, die Kosten zu übernehmen, inzwischen abgesegnet. Deshalb erklären



CDU und SPD den GRÜNEN Antrag für erledigt.

Zwei Schulen weniger
in Wuppertal

CDU und SPD haben im Rat am 05.05.2008 mit dem Schulentwicklungsplan beschlossen, die vorbildliche Hauptschule in Cronenberg zu schließen und eine sechste Gesamtschule in Wuppertal zu errichten. Nur zwei Tage danach platzte die Seifenblase, und vom Elternwillen bleibt nichts übrig: Das NRW-Schulministerium (CDU) erteilte einer sechsten Gesamtschule in Wuppertal eine klare Absage. Die GRÜNEN haben im Rat gegen den Schulentwicklungsplan gestimmt. Wir wollen nicht, dass die außerordentlich erfolgreiche Hauptschule an der Bergerhauser Straße geschlossen wird. Auch die Eltern und die örtliche Wirtschaft sind empört. Die GRÜNEN fordern eine Alternati-

ve, die einerseits die zurückgehenden SchülerInnenzahlen berücksichtigt, andererseits aber keine funktionierenden Strukturen zerschlägt. Eine Möglichkeit wäre eine Verbundschule in Wuppertal, in der laut Schulgesetz unterschiedliche Schulformen organisatorisch zusammengefasst werden können. Die große Koalition im Stadtrat verschloss sich einem solchen kreativen Ansatz, und nun gibt es in Zukunft weder die Cronenberger Hauptschule noch eine neue Gesamtschule. Die Elterninitiative zieht ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Cronenberger Hauptschule in Erwägung. Unsere Unterstützung dabei hat sie!

Für eine Kultur des
Erinnerns – Von der Heydt
und Gedenktage

Der Rat der Stadt Wuppertal hat auf Wunsch aller Fraktionen eine Kom-

mission zur Kultur des Erinnerns einberufen. Auslöser war die öffentliche Diskussion darüber, ob der Wuppertaler Kulturpreises nach Eduard von der Heydt benannt sein darf. Außerdem gibt es im Rathaus interne Diskussionen über die Gestaltung von Gedenktagen. Das Ergebnis: Der Kulturpreis soll künftig nach der gesamten Familie Von der Heydt benannt und noch in diesem Jahr ausgeschrieben und verliehen werden. Bei Gedenktagen soll – wie vom GRÜNEN Bürgermeister Lorenz Bahr bereits gegen erbitterten Widerstand aus der Bezirksvertretung Barmen in 2007 umgesetzt – z.B. auch an die Toten aus verschiedenen Kriegen und Nationen gedacht werden und nicht, wie bisher, allein der toten deutschen Soldaten aus den beiden Weltkriegen. Die Kommission empfiehlt darüber hinaus der Bezirksvertretung Vohwinkel, die Lettow-Vorbeck-Straße umzu-

benennen und schließt sich damit einem GRÜNEN Antrag aus den 90er Jahren an. General Lettow-Vorbeck hat sich u.a. durch eine besonders brutale und Menschen verachtende Kolonisierung Chinas und Ostafrikas hervor getan.

Stillstand bei Hartz IV –
Rekordverdächtige Dauer-
beratung

CDU und SPD haben wohl den Antrag in das Guinness-Buch der Rekorde fest im Blick. Welche andere Erklärung sollte es sonst geben, weshalb der GRÜNE Antrag zur Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze, der bereits im August letzten Jahres eingebracht wurde, noch immer nicht beraten, geschweige denn beschlossen werden konnte? Im GRÜNEN Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die seit 2005 nicht mehr angepassten Regelsätze zu erhöhen.

ENERGIESPARTIPP FÜR JEDEN TAG

■ HEUTE: WASSERHAHN ZUDREHEN!



Einseifen und Schäumen unter der Dusche oder am Waschbecken brauchen genauso wenig fließend Wasser wie das Zähneputzen. Drehen Sie für die Zeit einfach den Hahn zu. Wasser marsch! heißt es erst wieder, wenn die Seife herunter oder die Zahnpasta heraus soll. Übrigens: Ihr Geschirr mag Baden lieber als Duschen! Nutzen Sie das Spülbecken, anstatt unter fließendem Wasser abzuwaschen.

Auch der Geldbeutel freut sich übers Energiesparen:

2x täglich 3 Minuten Zähneputzen bei fließendem Wasser kostet eine vierköpfige Familie 180 Euro im Jahr!

grün[®]
Keiner wie wir.

ANZEIGE

Wir wollen Dich...

...denn GRÜN muss wachsen, damit GRÜN noch mehr wirken kann. Und dabei kommt es auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.

Egal ob als "stille Unterstützung" GRÜNER Ideen oder als aktives Mitglied – durch Deine Mitgliedschaft bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN kannst auch Du dazu beitragen, GRÜNE Ziele wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit immer wirklicher werden zu lassen.

Für Dich, für uns und nicht zuletzt für unsere Kinder müssen wir uns schon heute für eine gerechtere, gesündere und gewaltlose Welt von morgen einsetzen.

Deshalb brauchen wir Dich!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

